

Färöer und Island

Gedanken vor, während und nach einer
eindrucksvollen Reise

www.tristan-abromeit.de

(Übersicht und Einleitung Text 105.0)

Text 105.1.3

E-Brief an Mitarbeiter

der

Evangelischen Akademie Loccum

zu den Programmangeboten,

die die Themen Bodenrecht und Patent- / Urheberrecht

berühren.

Anhänge zu den Themen: Bodenrecht, Urheberrecht

und bedingungsloses Grundeinkommen.

Mardorf, den 12. Juli 2012

Sehr geehrte Frau Müller,
Sehr geehrter Herr Drews,

heute lag im Briefkasten die Post von der Ev. Akademie Loccum mit der Tagungsübersicht für das 2. Halbjahr 2012. Vermutlich aufgrund der Heftung der Blätter kam ich gleich zu den von Ihnen geleiteten Tagungen 62, 69, 54 und 60. Ich habe die Programme dazu noch nicht gelesen. Ich gebe mich mal kurz der Vorstellung hin, die Programmgestaltung sei noch nicht abgeschlossen. Mit allen vier Angeboten werden drei Monopole angesprochen, nämlich 1. das Patent und Urheberrecht, 2. das Bodenrecht und 3. die Währung bzw. ihre Verfassung.

Das 1. und 3. Monopol ist künstlicher (rechtlicher) Natur und das zweite ein aus der Natur sich ergebendes. Die Frage ist, wie müssen diese Monopole gestaltet oder gehandhabt werden, daß sie einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft mit einer "ethisch-ökologischen Ökonomie" dienen und nicht ein Herrschaftsinstrument einer kleinen Minderheit bleiben. Die Klasse der politischen Gestalter unserer Gesellschaft (deren Mitglieder sich vielfach selber ohnmächtig fühlen) haben diese Problemfelder aus Gründen des Machterhaltes oder -erwerbes schon lange von ihrer Agenda gestrichen. Ich kann aber auch nicht erkennen, daß die Ev. Akademie Loccum dafür in die Bresche gesprungen ist. Ich frage mich, ist die Ursache dafür Blindheit, Feigheit oder Abhängigkeit von Geldgebern? Ich schreibe das auf dem Hintergrund einer positiven Grundstimmung zur Arbeit der Akademie.

Ich gebe ein paar Hinweise für Folgeveranstaltungen zu den Themen:

Zum Thema Urheberrecht und Patentrecht (Verwertungsrechte): Dazu finden sich Beiträge auf der Internetseite des Seminars für freiheitliche Ordnung (angesiedelt in der Nachbarschaft der Ev. Akademie Bad Boll.) unter www.sffo.de unter dem Link <http://www.humane-wirtschaft.de/vor-dem-karren-der-lufthaendler-andreas-bangemann/> können Sie ebenfalls einen Beitrag zum Thema finden. Eine eigene Stellungnahme finden Sie am Schluß dieser Nachricht.

Zum Thema Aussehen der Innenstädte: Dieses Thema kann nicht sinnvoll ohne Berücksichtigung des Bodenrechtes bearbeitet werden. Das gleiche gilt für die Tagung

54/12: 17. - 19. September 2012

Welternährung: Die Rolle der Kleinbauern in Entwicklungsländern

Produktivität, Zugang und Qualität für die Ernährungssicherung

Nahrung ist ein Menschenrecht und Ernährungssicherung ist eine Hauptaufgabe der Entwicklungspolitik. Dennoch sterben täglich tausende an Unterernährung und Milliarden Menschen sind mangelernährt. Eine Ernährungssicherung, die beide Aspekte berücksichtigt, erfordert Aufklärung, Bildung, eine soziale Landpolitik. Eine kleinbäuerliche, ökologisch nachhaltige Landwirtschaft könnte die Ernährungssituation verbessern, Armut reduzieren und direkte Zugänge ermöglichen. Wie kann sie gezielt gefördert werden?

Kontakt: [Monika C.M. Müller](#)
[Programm der Tagung](#)
Programm als [pdf](#) >

Ich hänge dazu mehrere Titelseiten von Büchern zum Thema an. Der letzte Titel, Frieden auf dem Erdboden hat dem Verfasser H.H.T. Strung in der DDR die Freiheit, Gesundheit und das Familienglück gekostet.

Zum Thema die Rolle der Kleinbauern in Entwicklungsländern verweise ich auf die Buchtitel "Geld- und bodenpolitische Grundlagen einer Agrarwende" und "Modellversuche mit sozialpflichtigem Boden und Geld" von Werner Onken, Fachverlag für Sozialökonomie, Gauke und zu einem eigenen Netz-Beitrag mit dem Titel:

"Der Bodenfonds als Möglichkeit des praktischen, ethischen Handelns / Die Landlosen / Jesus und das Geld /"

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/20.0%20Die%20Landlosen%20-%20Uebersicht.pdf>

Zum Thema Transformation zu einer ethisch-ökologischen Ökonomie lese ich gerade von Hans Küng "Anständig wirtschaften - Warum Ökonomie Moral braucht". Unter www.cgw.de vom Verein Christen für gerechte Wirtschaftsordnung finden sie Ansprechpartner. Mit dem nachfolgend einkopierten E-Brief verweise ich auf die Aktivität des Pastors Walter Lechner.

>> Liebe Interessierte!

Wie geht "anders wachsen" ganz praktisch?

Wir sind an Ihren Erfahrungen interessiert!

Teilen Sie uns in 1 bis 2 kurzen Sätzen mit:

Wie leben Sie "anders wachsen" ganz persönlich?

Fair-ökologischer Konsum, Spiritualität, Entschleunigung, Arbeit teilen, Regionalgeld, Einsatz für Zinsverbot und Finanztransaktionssteuer, Engagement in sozialen Bewegungen,...?

Was steigert Ihre Lebensqualität, ohne zu zerstören?

Wie verbinden Sie alternative Lebens- und Gesellschaftsentwürfe mit Glaube und Kirche?

Ihre praktischen Erfahrungen sind willkommen unter walter.lechner@evlks.de

sowie auf www.facebook.com/AndersWachsen!

(Bitte Name und Wohnort angeben. Foto willkommen, aber nicht Voraussetzung - bitte max. 300 KB.)

Die Liste der Statements samt Vorname, abgekürztem Nachnamen sowie Ort veröffentlichen wir auf unserer Homepage unter "Was ich tun kann".

(Wir behalten uns Kürzungen vor. Es besteht keine Verpflichtung zur Veröffentlichung der eingesandten Statements.)

Wir sind gespannt auf Ihre originellen Ideen!

Unterstützen Sie die Online-Petition an die EKD auf www.anders-wachsen.de!

Verlinken Sie uns bei facebook: www.facebook.com/AndersWachsen

Unterschriftenliste zum Download unter http://anders-wachsen.com/_project/media/uploads/files/unterschriftenliste-petition.pdf <<

Um ein bißchen für Ihre Veranstaltungen zu werben, sende ich diese Nachricht auch an die Teilnehmer einer E-Mail-Liste.

Es grüßt

Tristan

oooooooooooooooooooooooooooo

Bitte die Anhänge beachten.

Es folgt meine Stellungnahme zum Thema Urheberrecht:

Am 22.05.2012 14:40, schrieb Tristan Abromeit:

"Flagge zeigen gegen die Piraten", HAZ 19.5. 2012

Thema Urheberrecht

Sehr geehrter Herr Strebe,

jedes im Beschlußzeitpunkt noch so gute Rechtsinstitut kann im Zeitablauf problematisch werden und muß daher von Zeit zu Zeit auf den Prüfstand. Wenn Spannungen in den gesellschaftlichen Verhältnissen - wie sie mit der Arbeitslosigkeit und ungerechter Einkommensverteilung gegeben sind - drängend und drückend werden und diese von den vorgesehenen Institutionen nicht rechtzeitig analysiert und abgebaut werden, dann kommt es automatisch zu neuen Gruppenbildungen aus der Gesellschaft, die auf eine Abhilfe hinarbeiten. Die üblen Folgen der Gruppe, die Anfang der 30er Jahre zur wirkungsmächtigen NSDAP heranwuchs - die ihre Existenz und ihren Erfolg dem ökonomische Versagen der Demokraten, der ökonomischen Professorenschaft und anderer Institutionen, die auf die Gestaltung der Wirtschaft einwirkten und nicht ihren abstrusen Ideen verdanken - beschäftigen uns ja noch heute. Neben den vielen Protestgruppen mit und ohne Parteicharakter, die der Mehrheit der Bevölkerung gar nicht bekannt werden, gibt es immer ein paar erfolgreiche Gruppierungen, denen es ge-

lingt, wahrgenommen zu werden und auf Mißstände hinzuweisen. Die GRÜNEN (und ihre Vorläufer) waren auch eine solche Gruppe, die gewisse Erfolge hatte, ihre Wirkung aber vorzeitig verloren hat, weil das Streben nach Bedeutung und Machtteilhabe sie zu schnell zum Mitglied eines politische Kartells werden ließ, dessen Bekämpfung ihr Gründungsziel war.

Mit den Piraten (und auch mit der Occupy der Bewegung) ist nun wieder aus der Gesellschaft für die Gesamtgesellschaft ein Weckruf entstanden, der dazu aufruft, die wirkungsmächtigen Institutionen und das Tun jener Zeitgenossen - die sie beherrschen - zu überprüfen. Die Zusammenrottung von Individuen zu Protestgruppen geschieht ja in der Regel nicht planmäßig, sondern aus einem Gefühl heraus, sich wehren zu müssen. Eine vorherige Analyse der Ursachen der aktuellen Bedrückungen dürfte dabei nur von einzelnen geleistet worden sein.

Es kommt bei der Formierung solcher Proteste darauf an, Leitideen zu finden, die allgemein verbinden und mitgetragen werden können. Nun hatte sowohl die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) - deren Gebärmutter die ungerechte Einkommensverteilung war - wie auch das Unbehagen an dem Urheber- und Patentrecht schon seine Vorlaufzeit. Die leiseren Zeichen des Protestes oder Forderungen nach Änderungen, wurden aber wie immer von den gestaltungswirksamen Kräften unserer Gesellschaft (einschließlich der Medien) nicht wahrgenommen und erhört bzw. erörtert. Nun haben wir die Piraten - zum Ärgernis der einen und zur Freude der anderen. Sympathisch ist an ihnen doch, daß sie sich als die Suchenden geben und nicht stur einem unsinnigen, ideologisch geprägtem Programm verschrieben haben. Wenn bisher das Kassieren des Urheberrechts und das bedingungslose Grundeinkommen auf ihrer Fahne steht, sollte das nicht mit Aufgeregtheit, sondern mit guten Argumenten und Gelassenheit kommentiert werden.

Fest steht, daß die heutige Eigentums- und Einkommensverteilung unserem Bild von der Leistungsgesellschaft, die über den Markt den Ausgleich findet - eine Vorstellung der ursprünglichen Idee von der Sozialen Marktwirtschaft - Hohn spricht. Auch das Urheber- und Patentrecht schützt doch eher die meistens konkurrenzlosen Verwerter als die Autoren und Erfinder. Ihre eigene wirtschaftliche Situation - die ich Ihrer Schilderung entnehme - würde sich bei einem Erfolg für die Piratenforderungen doch verbessern. Durch das Grundeinkommen würden ihre jetzigen Autorenhonorare - die wegfallen würden - doch mehr als kompensiert.

Ich selber kann beide Forderungen der Piraten ohne vorherige genaue Prüfungen der Wirkun-

gen nicht für gut heißen. Das alte sozialistische Ziel ist, für den arbeitenden Menschen den vollen Arbeitsertrag zu erreichen. (Das war auch schon vor und neben Marx so!) Die Verweigerung dem Schreiber seinen Lohn zu zahlen, ist genauso ein Verstoß gegen dieses Ziel, wie die Umverteilung von Arbeitseinkommen in Form eines BGE. Übersehen wird dabei auch, daß auf diese Weise die Lohnquote am Volkseinkommen nicht zu Lasten des Kapitaleinkommens erhöht werden kann. Aber die Forderung nach dem vollen Arbeitsertrag ist nicht nur eine Idee der Sozialisten. Auch in Ludwig Erhards Idee "Wohlstand für alle!" steckt die Annahme, daß das Kapitaleinkommen eine vernachlässigbare Restgröße wird.

Eigentlich sollte das, was ich hier versuche zu beschreiben, für Journalisten - die unter dem zunehmenden Arbeitsdruck und unter dem Konzentrationsprozeß der Verlage leiden - ein Anlaß sein, diese Themen besser und individueller zu bearbeiten. Das geschieht aber nur ungenügend. In der Aussage von Günther Grass über die Gleichschaltung der Medien fehlt nur der Hinweis "wie eine Gleichschaltung". Denn die bei uns zu beobachtende und von den Machern nicht wahrgenommene "Wie-Gleichschaltung" hat eine andere Natur, wie jene in Diktaturen.

Ich denke, bei dem Urheberrecht und Patentrecht muß klarer gefaßt werden, was in dem jeweiligen Ergebnis eine zu schützende Leistung des Schöpfers ist und was daran eine Vor- und Jetzt-Leistung der Gesellschaft ist. Es ist z. B. ein Unding, daß die Bürger den Schutz von geistigem Eigentum finanzieren, um hinterher - sozusagen - als Lohn überhöhte Preise für die geschützten Produkte zu bezahlen.

Das BGE ist in der jetzt diskutierten Form meines Erachtens eine geistig-ökonomische Verirrung. Die Grundidee einer gleichen ökonomischen Grundsicherung sollte gewandelt werden in eine gleichberechtigte Teilhabe an unserer aller Existenzgrundlage, nämlich dieser, unserer Erde. Es geht dabei um den Nutzen der Erde, der ohne Arbeitsleistung entsteht und der sich in Geld ausdrückt, auf alle Menschen pro Kopf zu verteilen. Darüber gibt es auch Literatur, sie ist unter dem Stichwort Bodenreform, Bodenrechtsreform einzuordnen.

Eine Gesamtreform unserer nationalen und globalen Wirtschaftsreformen muß nicht nur zum Ziel haben, daß Hunger, Kriege, Ungerechtigkeiten und ökologische Schäden vermieden werden, sondern auch so eine einfache Vorgabe erfüllen, wie jene, daß sich kein Kulturschaffender wegen seines Einkommens zum Überleben verbiegen lassen muß, sondern durch wenige

Stunden profaner Arbeit in der Woche seine Existenz sichern kann. Ein Satz wie ich ihn auf Ihrer Webseite unter "Hörspiel & Theater" gefunden habe, sollte dann nicht einen knurrenden Magen, sondern nur ein mildes Lächeln verursachen.

Es folgt der Satz, an den ich dachte: "Hörspiel Nummer zwei. Die Hörspielredakteurin, der ich es geschickt hatte, nannte den Text "abstrus". Na denn."

Wenn Sie Anregungen zum Thema Patentrecht suchen, finden Sie es unter www.sffo.de .

Es grüßt Sie
Tristan Abromeit

Dazu Hinweise auf die HAZ Beiträge:

Da ich Autoren, deren Arbeit ich kommentiere, gerne selber im Originalton zu Wort kommen lasse, hatte ich hier den Artikel von Bert Strebe > Flagge zeigen gegen die Piraten < von Bert Strebe eingefügt. Ein Link auf das Original in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung hätte es auch getan. Nur im allgemein zugänglichen Teil von HAZ-Online ist der nicht zu finden. Eine Bitte um Zustimmung zur Veröffentlichung hat Bert Strebe ohne Nennung von Gründen abgelehnt. Über die Gründe der Ablehnung kann ich nur rätseln. Der materielle Wert eines Zeitungsartikels schrumpft doch auf Null, sobald die Zeitung nur noch Altpapier ist und der Artikel nicht an eine weitere Zeitung verkauft werden kann. Eine Wiedergabe an dieser Stelle hätte den ideellen Wert des Artikels erhalten und der Autor wäre an einer weiteren Stelle benannt worden. Der Preis seiner Produkte hängt doch auch von seinem Bekanntheitsgrad ab. Aus meiner Sicht schadet sich Bert Strebe mit seiner Haltung selber, es sei denn, daß er zu der Einsicht gekommen ist, sein Beitrag stehe im Widerspruch zu seinen eigenen Ansprüchen. Ich vermute der wahre Grund der Ablehnung liegt in seiner Beteiligung an der Kampagne gegen die Änderung des Urheberrechtes. Ich gebe daher nachfolgend nur die Einleitung von Bert Strebe zu seinem Artikel „Flagge zeigen gegen die Piraten“ wieder. Aus dem gleichen Grund sehen sie nachfolgend von dem anderen Artikeln auch nur die Einleitung.

> Die Idee, die Piratenpartei „Piratenpartei“ zu nennen, fand ich ursprünglich witzig. Es klang ein bisschen aufmüpfig, ein bisschen selbstironisch und ein bisschen nach Freiheit und Abenteuer. Inzwischen weiß ich, dass der Name vollkommen ernst gemeint ist. Sie wollen das Urheberrecht aushebeln. Sie wollen plündern. Sie sind Räuber. Wenn sie das durchkriegen, werden sie mir und anderen das ohnehin wenige, das wir mit unserer Kunst verdienen, auch noch wegnehmen. Ich bin einer von den vielen Schriftstellern, die

auf keiner Bestsellerliste auftauchen, aber trotzdem schreiben und publizieren. <

000000000000000000

HANNOVERSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG / 23. 5. 2012 /S. 5

Wissen schaffen

Bibliothekare fordern Reform des Urheberrechts
VON DÖRIT KOCH

Eine Reform des Urheberrechts hat der Vorsitzende des Vereins Deutscher Bibliothekare, Klaus-Kainer Brintzinger, vor Beginn des 101. bundesweiten Bibliothekartages in Hamburg gefordert. „Wir Bibliothekare halten es für selbstverständlich, das Recht der Künstler, der Kreativen, der Kulturschaffenden an ihrem Werk nicht nur anzuerkennen, sondern auch zu schützen“, sagte er am Dienstag. „Man muss aber auch gleichzeitig dazu sagen: Wichtig ist, dass die Inhalte verbreitet werden und dass die Verbreitung Bibliotheken einschließt.“ ... dpa

Stellungnahme zu:

Wissen schaffen

Bibliothekare fordern Reform des Urheberrechtes

HAZ, 23. 5. 2012, Seite 5, Kultur

Am 19. Mai beklagt in der HAZ auf Seite 3 Bert Strebe unter dem Titel "Flagge zeigen gegen die Piraten", daß ihm die neue Partei durch Streichung des Urheberrechts das bißchen Einkommen wegnehmen will, das er als Autor hat. Heute, am 23. 5. 2012 ist auf der Seite 5 unter Kultur zu lesen, daß die Bibliothekare eine Reform des Urheberrechts fordern. Es ist also gar nicht so weltfremd über den Sinn und Unsinn des Urheberrechts nachzudenken. Eine gründliche Analyse muß die Unterschiedlichen Interessen und Wirkungen untersuchen, die mit diesem Recht verbunden sind. Diese Aufgabe kann in einer kurzen Stellungnahme nicht geleistet werden.

Was aber sicher auch so gesagt werden kann, ist, daß die Interessen der Autoren und Verleger nicht immer gleichgerichtet sind. Dies ist besonders bei wissenschaftlichen Arbeiten der Fall. Bei einem Autor einer wissenschaftlichen Arbeit kann die Häufigkeit des Lesens seines Textes aus verschiedenen Gründen wichtiger sein als die Zahl der gedruckten Exemplare, die ver-

kauf wurden. Zudem ist es so, daß die Kosten einer wissenschaftlichen "Produktion" in der Regel schon von der Öffentlichkeit getragen oder mitgetragen wurden. Die hohen Preise für wissenschaftliche Werke - in der Regel mit kleinen Auflagen - mögen durch die verlegerische Kalkulation gerechtfertigt sein, der Leser muß dann aber doppelt zahlen - über die Steuer und über den Ladenpreis. Hier sind Alternativen dringend erforderlich, besonders dann, wenn Verlage durch das Verharren auf ihre Verwertungsrechte einen Fortschritt in der jeweiligen Wissenschaftssparte behindern.

Ich will mit zwei Beispielen die Probleme verdeutlichen: Heute morgen habe ich aus "Anständig wirtschaften" von Hans Küng zitiert. Auf Seite 48 beschreibt er, wie sich die Ökonomen in der Hoffnung verrannt haben, sie könnten durch die Mathematik ihrem Forschungsbereich mehr Wissenschaftlichkeit einhauchen. Er schreibt dann wörtlich: "Diese Ökonomen haben die Grenzen ihrer mathematischen Modelle nicht erkannt und so die Finanz- und Wirtschaftskrise nicht vorausgesehen. Um so dringlicher ist die weitere nüchterne Überprüfung ihrer Grundpositionen."

Es ist aber nicht nur die Flucht in die Mathematik, die Wirtschaftswissenschaft zu Fehlleistungen verführt hat, sondern auch die schludrige Begriffsbildung und auch die Gleichsetzung der Begriffe Marktwirtschaft und Kapitalismus. Die Marktwirtschaft ist auf das Eigentum als Gestaltungsgröße angewiesen. Das sagt aber noch lange nicht, daß alles was wir sehen, riechen und anfassen können, die Kriterien dafür erfüllt, was Eigentum ausmacht.

Pierre-Joseph Proudhon (1809 - 1865) hat mit seiner "Theorie des Eigentums" (aktuell übersetzt von Lutz Roemheld, eingeleitet von Gerhard Senft) eine wichtige Arbeit vorgelegt, die auch heute noch zur Klärung erforderlich und wichtig ist. Ich kann mir vorstellen, daß die Professoren Roemheld und Senft ihre Arbeit aus wissenschaftlichem Interesse und Engagement unentgeltlich geleistet haben. Aber der kleine Verlag für Sozialökonomie hätte doch nicht die Kosten der Buchproduktion auf sich nehmen können, wenn ihm durch legale "Raub"-Kopien die Chance genommen worden wäre, die Produktions- und Vertriebskosten wieder aus den Erträgen des Verkaufs einer ausreichenden Zahl von Exemplaren auszugleichen.

Das andere Beispiel: Ich schätze, daß 95% der studierten Ökonomen und der Zeitgenossen,

die sich intensiver mit der Ökonomie und hier mit dem Währungsgeschehen auseinandersetzen davon ausgehen, daß die Banken Giralgeld - dem die Qualität von Bargeld beigemessen wird - schöpfen können. Die Addition von Geld und Kredit zu einer Einheit verführt aber zwangsläufig zu falschen Vorstellungen über das Geschehen im Währungssektor. Ich gehe davon aus, daß ein Großteil dessen, was heute unter der Eurokrise wahrgenommen und verhandelt wird, hier seinen Ausgangspunkt hat und nicht in der Überschuldung einzelner Staaten. (Die ist ein anderes Problem!).

Nun gibt es nur wenige Monographien zum Thema Buch- oder Giralgeld, die etwas Licht in das theoretische Dunkel – mit realen Wirkungen – bringen könnten. Die eine trägt den Titel "Das Buchgeld - Ein Beitrag zur theoretischen Klärung" von Karl Walker aus dem Jahr 1951 und die andere trägt den Titel "Theoretische Grundlagen der bankgeschäftlichen Kreditgewährung / Kritischer Beitrag zur Kreditschöpfungstheorie" von Dr. Martin Scheytt, 1962.

Den Beitrag von Karl Walker habe ich unter <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/77.2%20Das%20Buchgeld.pdf> auf meiner Internetseite veröffentlicht. Auf den Verlag brauchte ich hier keine Rücksicht zu nehmen, weil er nicht mehr existiert. Und das Anliegen des 1975 verstorbenen Autors habe ich höher eingeschätzt als Interessen von möglichen Erben. Bei der Arbeit von Martin Scheytt ist das anders. Der Autor ist für mich nicht auffindbar, weil er vermutlich gestorben ist, aber der Verlag besteht noch, hat kein Interesse an einer Neuauflage und an einer digitalen Veröffentlichung. Das eine vorhandene Restauflage schneller abgesetzt werden könnte, wenn die Arbeit ins Netz gestellt würde, interessiert offensichtlich auch nicht. Aber mir wird auch nicht erlaubt, diese Arbeit ins Netz zu stellen. Hier ist das Urheberrecht völlig fehl am Platz. Ein wichtiger Themenkomplex der Nationalökonomie bleibt weiterhin mit negativen Folgen für die Gesellschaft im Nebel.

Mardorf, den 23. Mai 2012

Tristan Abromeit



CIP-Titeisaufnahme der Deutschen Bibliothek

Pfannschmidt, Martin:
 Vergessener Faktor Boden : marktgerechte Bodenbewertung und
 Raumordnung / Martin Pfannschmidt. - 2. Aufl. - Lütjenburg :
 Fachverl. für Sozialökonomie, 1990
 ISBN 3-87998-432-8

WG: 17 : 44 - 1605

© 1990 Gauke Verlag GmbH
 Fachverlag für Sozialökonomie
 Postfach 1320, 2322 Lütjenburg
 Copyright früherer Ausgaben:
 Dr. Martin Pfannschmidt und
 Stadtbau-Verlag GmbH
 ISBN 3-87998-432-8

Vorwort

Vergessen war in den letzten Jahren im bundesdeutschen Bewußtsein in der Tat der Boden als Faktor der Marktwirtschaft. Die Bodenpreise stagnierten, ja, sie fielen z.T. sogar. Mietwohnungen waren leer. Nach holländischem und englischem Beispiel wurde diskutiert, hohe Häuser zwar nicht zu sprengen, wohl aber die oberen, nicht vermietbaren Etagen abzutragen. Bescheidene Ergänzungen des Bewertungsrechtes – die Ermittlung von Richtwerten flächendeckend auch für bebaute Grundstücke – bei der parlamentarischen Beratung des Baugesetzbuches wurden 1986 vom Bundesrat mit der Begründung abgelehnt (Drs. 10/5027), „es besteht kein Bedürfnis für die Ausweitung der bundesdeutschen Vorschriften über die Ermittlung von Bodenrichtwerten,“ also kein politischer Handlungsbedarf! Inzwischen haben wir zwar wieder einen hohen Bedarf an Wohnungen – gefordert werden von Politikern 500 000 neue Wohnungen pro Jahr –, doch zu einer Bodenrechtsdiskussion ist es trotzdem in der Bundesrepublik bisher nicht gekommen. Vergessen sind die Auseinandersetzungen der siebziger Jahre.

Ganz andere politische Rangordnung hat der Faktor Boden heute dort, wo die Marktwirtschaft erst seit wenigen Wochen geübt wird, in der bisherigen DDR. Vierzig Jahre Sozialismus mit Besatzungsrecht, sog. Bodenreform, Enteignungen verschiedenster Art, mit einer Verfassung und mit einem Zivilgesetzbuch i.S. des Kommunistischen Manifestes von 1848 etc. haben zu einer Eigentumsordnung am Grund und Boden geführt, die einem Verwirrspiel besonderer Art gleicht. Die Folgen der nach unserer, nach westlicher Auffassung weitgehend unklaren Eigentumsverhältnisse am Boden: kein Erwerb, keine Sicherung von Beleihungen möglich, daher keine (westlichen) Investitionen, daher keine Schaffung neuer Arbeitsplätze, daher bald eine (oder gar zwei?) Millionen Arbeitslose, daher ... Und daher beschäftigen sich fast täglich die Medien und die Politiker mit dem Eigentumsproblem am Faktor Boden in der DDR. Doch werden sich unsere Politiker, die alten oder die neuen, zu wirklich durchgreifenden Lösungen i.S. von Martin Pfannschmidt gegen eine übermächtige Lobby durchsetzen? Es gibt für eine solche Durchsetzung ein positives Beispiel, aber auch nur eines, die Landordnung von Tsingtau/Kiautschou. Sie war am 2. September 1898 als Gouvernementsverordnung betr. den Landerwerb in dem deutschen Kiautschougebiet für dieses Pachtgebiet erlassen worden. Aus heutiger Sicht ist kaum zu glauben, daß damals alle bürgerlichen Parteien des Deutschen Reichstags der Verordnung am 31. Januar 1899 zustimmten. Berücksichtigt man, daß diese Landordnung die für demokratische Staaten wohl schärfsten Eingriffe in die Eigentumsordnung enthält, dann ist die Zustimmung gerade der bürgerlichen Parteien nur so zu erklären, daß keiner ihrer Abgeordneten als Grundstückseigentümer betroffen war und die chinesischen Bauern als bisherige Landeigentümer in Berlin keine Lobby hatten. Das ist seit Jahren in Bonn doch wohl erheblich anders. Wiederholt mußte das Martin Pfannschmidt mit seinen Versuchen erfahren, die soziale Komponente beim Grund und Boden in die Marktwirtschaft einzubringen. Schützenhilfe leistete ihm 1967 zwar kein Geringerer als das Bundesverfassungsgericht mit seiner Entscheidung vom 12. Januar 1967 (1 BvR 169/63), in der die Untätigkeit des Gesetzgebers zur Schaffung einer sozialgerechten Bodenordnung scharf gerügt wird. Dieses

höchste deutsche Gericht stellte u.a. fest: „Art. 2, Abs.2 GG ist eine Absage an eine Eigentumsordnung, in der das Individualinteresse den unbedingten Vorrang vor dem Interesse der Gesellschaft hat.“ Aber geändert hat sich seither nichts.

Martin Pfannschmidt hat ein ganzes Berufsleben bis zu seinem Lebensende im hohen Alter für soziale Gerechtigkeit, für die Sozialpflichtigkeit von Grund und Boden gekämpft, vergebens! Wann wird der von den Politikern vergessene Faktor Boden endlich in das helle Rampenlicht zukunftsweisender Bodenpolitik gerückt? Die gegenwärtige Entwicklung des mitteleuropäischen Raumes beweist doch wohl, daß hier „Handlungsbedarf“ besteht – und das, bevor auch dort, wie im Westen, zufällige Eigentümer ohne eigene Leistung zu Lasten der Gesellschaft Millionen verdienen. Martin Pfannschmidt weist mit dem vorliegenden Werk an in- und ausländischen Beispielen Wege zur Problemlösung und zwar nun für das vereinte Deutschland.

Hannover, 3. Oktober 1990

Prof. Gustav Bohnsack

**BODEN -
Wem nutzt er?
Wen stützt er?**

**Neue Perspektiven
des Bodenrechts,
herausgegeben von
Beate und Hartmut Dieterich**



Materialien für eine nachhaltige Bodenpolitik

Klaus Hugler, Hans Diefenbacher
unter Mitarbeit von Judith Baumgartner und Alan Nothnagle



Adolf Damaschke und Henry George
**Ansätze zu einer Theorie und
Politik der Bodenreform**

Geleitwort von Julia Butterfly Hill

metropolis

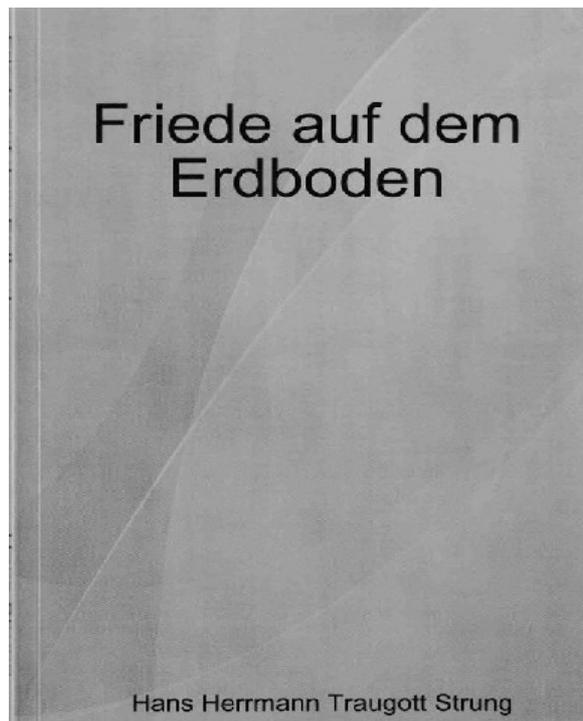
Studien und Quellen zur Geschichte
Schantungs und Tsingtau
ISSN 0176-321X
Herausgegeben von Prof. Dr. W. Matzat

Heft 3

Elisabeth Ina Friedrich

Die Steuer als Instrument der deutschen
Bodenpolitik in Tsingtau (1898 – 1914):
Triebkräfte, Ziele, Ergebnisse

Bonn 1992
Selbstverlag des Herausgebers



Vorwort

In der ErstenHälfte des vorigen Jahrhunderts setzte sich der Freidenker Hans Traugott Strung intensiv mit gesellschaftlichen Themen auseinander.

Unter anderem schrieb er ab 1925 regelmäßig in der Monatsschrift des Physiokratischen Kampfbundes. Zahlreiche Veröffentlichungen zeigen, wie intensiv er sich besonders mit den Visionen des Sozialreformers Silvio Gesell auseinander gesetzt hat.

Unter dem Pseudonym Hans Hermann schrieb der 1899 in Berlin geborene Sohn eines Buchbinders seine Gedanken über eine bessere Welt in zwei Büchern, "Friede auf dem Erdboden" und "Religion der Wahrheit", nieder. Staatsfeindliche Hetze, urteilte ein DDR-Gericht damals.

Weil Hans Strung seine Gedanken auf vielen hundert Seiten niederschreibt und nach dem Krieg bei Westberliner Verlagen drucken lassen will, wird er 1958 - in Thüringen lebend - verhaftet und zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt.

Im September 2009 hat das Meininger Landgericht das Unrechtsurteil gegen Hans Strung für aufgehoben erklärt. Juristisch gilt er damit als rehabilitiert.

Einige Wochen später gab die Stasiunterlagen-Behörde die bis dahin unter Verschluss gehaltenen Manuskripte frei.

Mit dem vorliegenden Buch wurde also der Traum unseres 1971 verstorbenen Vaters und Groß- und Urgroßvaters nun endlich Wirklichkeit.

Wir haben uns, bis auf kleine formelle Veränderungen, strikt an das Manuskript gehalten. An eine Veröffentlichung des zweiten Buches ist ebenfalls gedacht.

Familie Silvio Strung
Cottbus, Berlin 2010